

BÜRGERPROGRAMM
STADT
HALLE (SAALE)



BÜRGERFORUM HALLE



HALLE HAT
MUT(IGE) BÜRGER.

Impressum

 Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:
 

© BürgerForum 2011
c/o Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256 · 33311 Gütersloh
www.buergerforum2011.de

Verantwortlich:
Dr. Robert B. Vehrkamp · Dr. Dominik Hierlemann
Anna Wohlfarth · Lars Thies
Redaktion: Pia-Annabelle Wischnat

Gestaltung und Lektorat:
SCHMITZ WG Corporate Communication GmbH · www.schmitz-wg.com

Fotos: Maja Metz (Titel), Reinhard Feldrapp (S. 3), Rafael Herlich (S. 11)
Thomas Ziegler (S. 6, 13, 15, 17, 19, 21, 23)

Wir bitten um Verständnis, dass in der Regel auf die explizite Nennung
der weiblichen Sprachform verzichtet wurde. Frauen und Männer sind
immer gleichermaßen gemeint.

Das BürgerForum 2011 – Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.	04
Der Weg zum BürgerForum	06
So funktioniert die Online-Plattform	08
Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhang in Deutschland fördern?	10
Vorschlag Ausschuss Solidarität und Gerechtigkeit	12
Vorschlag Ausschuss Demokratie und Beteiligung	14
Vorschlag Ausschuss Familiäre Lebensformen	16
Vorschlag Ausschuss Integration	18
Vorschlag Ausschuss Bildung	20
Vorschlag Ausschuss Demografie	22



Bundespräsident Christian Wulff eröffnete das BürgerForum 2011 mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof. Die Rede wurde live in die anderen 24 Regionen übertragen.

DAS BÜRGERFORUM 2011 – ZUKUNFT BRAUCHT ZUSAMMENHALT. VIELFALT SCHAFFT CHANCEN.

Das BürgerForum 2011 ist eine Initiative des Bundespräsidenten Christian Wulff mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung. In 25 Städten und Landkreisen in Deutschland wurden jeweils 400 nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Bürger eingeladen mitzudiskutieren. Bundesweit beteiligten sich so 10.000 Bürger an der Diskussion.

Die Kluft zwischen Wählern und Gewählten hat sich vergrößert. Deshalb ist es wichtig, Brücken zwischen den Bürgern und den politisch Verantwortlichen zu schlagen und ein gemeinsames, verantwortliches Handeln zu initiieren. Auch die Gesellschaft treibt heute an vielen Stellen auseinander: Davon zeugt der Gegensatz zwischen Jung und Alt, die Kluft zwischen Arm und Reich, die unzureichende Integration von Migranten. Wie wollen die Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund dieser Heraus-

forderungen künftig zusammenleben?

Unter der Überschrift „Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.“ haben die Teilnehmer zu dieser Frage in sechs thematischen Ausschüssen gearbeitet (siehe Abbildungen unten).

Das Ergebnis des BürgerForums 2011 sind 25 regionale BürgerProgramme, mit jeweils einem konkreten Vorschlag zu jedem Ausschussthema. Alle Teilnehmer wählen außerdem einen der regionalen Vorschläge pro Thema in ein bundesweites BürgerProgramm. Am 28. Mai übergeben sie dieses BürgerProgramm an den Bundespräsidenten und stellen es der Öffentlichkeit vor.

So wurden die Stadt Halle Teil des BürgerForums

Im Herbst 2010 wurden alle Landkreise in Deutschland, alle kreisfreien Städte

und alle Städte mit mehr als 80.000 Einwohnern zur Mitwirkung am BürgerForum 2011 eingeladen. Über 160 Städte und Landkreise hatten sich beworben. Aus allen Bewerbungen wurden schließlich per Losverfahren 25 Regionen ausgewählt. Die Stadt Halle war dabei!

So wurden die Teilnehmer ausgewählt

Für jeden Teilnehmer begann das BürgerForum mit einem Anruf. Die 400 Bürger aus Halle wurden durch eine zufällige Stichprobe aus dem Telefonregister ausgewählt und zum BürgerForum eingeladen. Ziel der Zufallsauswahl war, dass die Teilnehmer die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und dass eine möglichst große Zahl an unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen in die Diskussion und in die Vorschläge einfließt.



Solidarität und Gerechtigkeit



Demokratie und Beteiligung



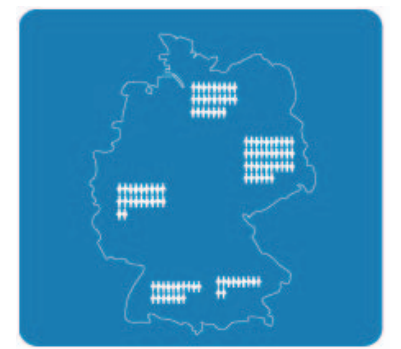
Familiäre Lebensformen



Integration



Bildung



Demografie



DER WEG ZUM BÜRGERPROGRAMM

Meistens treffen sich Menschen entweder auf politischen Veranstaltungen oder sie diskutieren im Internet, häufig ohne einander zu kennen. Die Besonderheit des BürgerForums ist es, beides miteinander zu verbinden: Das Bürger-Programm ist ein Ergebnis, das von den Teilnehmern sowohl auf Veranstaltungen als auch online erarbeitet wurde.

Auftakt

Begonnen haben die Teilnehmer des BürgerForums mit der Arbeit auf einer

Auftaktveranstaltung am 12. März 2011. Alle sechs Ausschüsse eines regionalen BürgerForums kamen hier jeweils zusammen. Die Mitglieder eines Ausschusses hatten die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und einen ganzen Tag lang intensiv zu arbeiten. In Diskussionen und Abstimmungen in kleinen Runden traf jeder Ausschuss erste inhaltliche Festlegungen für das BürgerProgramm. Unter dem Titel „Herausforderung“ haben die Teilnehmer das jeweils größte gesellschaftliche Problem oder die wichtigste Entwick-

lung in ihrem Ausschussthema identifiziert und gemeinsam in wenigen Sätzen festgehalten.

In einem zweiten Schritt haben sie stichpunktartig erste Vorschläge formuliert, wie der Herausforderung begegnet werden kann.

Zeitgleich nahmen die Teilnehmer des BürgerForums 2011 in allen Regionen die Arbeit auf. Mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof, die in alle anderen Regionen übertragen wurde, eröffnete Bundespräsident Christian Wulff das BürgerForum.

Online-Diskussion

Die Ergebnisse des Auftakts nahmen die Teilnehmer mit in die Online-Diskussion. Innerhalb von zwei Wochen haben sie die einzelnen Vorschläge weiter ausgearbeitet und schließlich per Abstimmung in jedem Ausschuss den überzeugendsten Vorschlag ausgewählt. In den folgenden drei Wochen der Online-Diskussion wurde an dem ausgewählten Vorschlag weitergearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Details des Vorschlags sowie seine Vor- und Nachteile diskutiert und schließlich den Text formuliert, wie er hier im BürgerProgramm zu lesen ist. Vier sogenannte Online-Moderatoren haben in dieser Zeit darauf geachtet, dass die Diskussion fair und sachlich verläuft.

BürgerRedakteure schreiben die Texte

Wie konnten 60 oder 70 Menschen in jedem Ausschuss an einem gemeinsamen Text schreiben? Die Antwort ist: Nicht jeder arbeitete selbst am Text. Das Formulieren des Vorschlags übernahmen sogenannte BürgerRedakteure. Sie waren selbst auch Teilnehmer des BürgerForums, hatten aber eine besondere Rolle übernommen. Pro Ausschuss gab es zwei BürgerRedakteure mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe: Alle Mitglieder eines Ausschusses konnten Kommentare, Änderungen und Ergänzungen zu einem Vorschlag und zu einzelnen Textabschnitten machen. Die Bürger-Redakteure haben dann aus diesen Kommentaren und Anmerkungen die zusammenhängenden Texte für das BürgerProgramm formuliert.

Der Tag des BürgerForums

Auf einer zweiten Veranstaltung am 14. Mai in allen 25 Regionen wurden die Ergebnisse in Form des vorliegenden BürgerProgramms der Öffentlichkeit vorgestellt und mit Vertretern von Politik und Gesellschaft diskutiert.

SO FUNKTIONIERT DIE ONLINE-PLATTFORM

Die Online-Plattform des BürgerForums ist der zentrale Arbeitsbereich des BürgerForums. Hier arbeiten 10.000 Teilnehmer gemeinsam an 25 regionalen BürgerProgrammen und an einem bundesweiten BürgerProgramm. Die Teilnehmer jedes der 25 regionalen BürgerForen diskutieren zunächst auf einer eigenen Plattform unter sich. Für die Wahl der Vorschläge in das bundesweite BürgerProgramm werden die 25 einzelnen Plattformen miteinander vernetzt. Die Online-Plattform wurde eigens für das Projekt entwickelt und enthält eine Reihe von Funktionen, die den Teilnehmern ermöglicht, online zu diskutieren und gemeinsam an konkreten Texten zu arbeiten.

Gesicht zeigen

Bei der Auftaktveranstaltung hatten sich viele Teilnehmer bereits kennengelernt und auch online sollten sie sich, anders

als bei vielen anderen politischen Diskussionen im Internet, nicht anonym austauschen. So stehen die Teilnehmer des BürgerForums mit ihrem Namen und einem Foto zu ihren Diskussionsbeiträgen. Eine persönliche Nachrichtenfunktion ermöglicht den Austausch untereinander auch abseits der inhaltlichen Diskussion.

Kommentare und Anmerkungen

Die Arbeit an den gemeinsamen Texten verläuft nicht in der offenen Struktur eines Internet-Forums, in dem alle Beiträge untereinander erscheinen. Direkt am Text arbeiten nur die BürgerRedakteure. Die anderen Teilnehmer schreiben Kommentare und Anmerkungen dazu, die sich direkt auf eine bestimmte Textpassage beziehen. Auf den ersten Blick ungewohnt, ermöglicht diese Struktur, dass viele Menschen gleichzeitig an einem Text arbeiten. Wurde ein Kommentar

durch den BürgerRedakteur eingearbeitet, kann er ihn auf „erledigt“ setzen. Damit der Prozess transparent verläuft, bleibt der Kommentar aber weiterhin einsehbar.

Aufgabenbereich

Den Überblick über die Geschehnisse auf der Plattform behalten die Teilnehmer in ihrem persönlichen Aufgabenbereich. Hier erfahren sie Schritt für Schritt, wie die Diskussion sich entwickelt, in welcher Form sie mitwirken können und ob sie eine persönliche Nachricht in ihrem Postfach auf der Plattform erhalten haben.

Informationen

Im Bereich „Information“ werden regelmäßig aktuelle Artikel zum BürgerForum 2011 eingestellt, zum Beispiel Ankündigungen für Veranstaltungen, Erklärungen

zu der Online-Plattform und einiges mehr. Sowohl die Teilnehmer als auch interessierte Gäste können sich in diesem Bereich über den Fortgang des BürgerForums auf dem Laufenden halten.

Moderation

Damit die Online-Diskussion fair und sachlich bleibt, braucht es eine Moderation. Für das BürgerForum 2011 wird diese Funktion von eigens dafür geschulten Online-Moderatoren übernommen. Die meisten von ihnen waren bereits bei einem früheren BürgerForum als Teilnehmer dabei. Gegenüber dem Inhalt verhalten sich die Online-Moderatoren neutral – sie bewerten die Ideen und Vorschläge nicht, sondern achten nur darauf, dass eine ausgewogene Diskussion entstehen kann.



Aktuelle Informationen aus dem BürgerForum



Kommentare und Anmerkungen zum Text des BürgerProgramms



WIE KÖNNEN WIR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND FÖRDERN?

Mit dieser Frage haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums Halle beschäftigt. Auf Veranstaltungen und in einer mehrwöchigen Online-Diskussion haben sie Vorschläge für Politik und Gesellschaft erarbeitet. Die Ergebnisse ihrer Diskussion finden Sie auf den folgenden Seiten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums in der Stadt Halle (Saale) sind:

Barbara Adomeit | Sybille Amoury | Ruth Aust | Hans-Peter Bachmann | Johannes Bahn | Dieter Bartels | Carola Bartholomäus | Erwin Bartsch | Friedrich Bast | Werner Baumeier | Christa Beau | Christine Beck | Wolf-Rüdiger Beck | Christiane Becker | Katrin Bekes | Michael Belger | Günter Benndorf | Gerd Berger | Claus-Dieter Bergmann | Christoph Berndt | Rainer Berthelmann | Birgitt Berthold | Axel Beyer | Angela Biesecke | Kurt Biging | Svetlana Birjukov | Margret Bischoff | Wolf Blümel | Steffen Boenicke | Julia Bohlken | Gabriele Böhme | Susanne Böhnke | Marco Bohrer | Michaela Börner | Matthias Böttcher | Gudrun Brändle | Jürgen Bräuer | Klaus Bre | Clemens Breest | Christiana Brehme | Hans Brotzmann | Peter Brückner | Wibke Bucher | Maya Buitenhuis | Gudrun Burghardt | Karsten Callenius | Alexander Conrad | Gesine Dahmke | Olga Danyluk | Doris David | Günther Dechant | Bernd Dick | Ulrich Diehl | Martina Diener | Franziska Dietrich | Hartmut Dittmar | Martin Dobischok | Dietmar Döge | Gerhard Dörge | Christine Dose | Eckhard Dressel | Eveline Drobny | Heike Drosch | Rüdiger Ebenrett | Wolfgang Eckstein | Ernst-Adolf Ehrig | Gisa Eichel | Michael Eichhorn | Stefanie Elger | Lutz Enders | Bettina Engelhardt | Isolde Fabich | Angelika Farsi | Sulamith Fenk-Ebert | Christian Fiedler | Martin Fiedler | Detlef Förster | Brigitte Franke | Tjark Fretzer | Jakob Friedrich | Wolfgang Fritz | Andrea Fuchs | Dirk Furchert | Wolfgang Gabriel | Egbert Gadde | Daniel Galus | Renate Gärtner | Gerd Gatkowsky | Sascha Gättschmann | Andreas Gauck | Eva Maria Gauß | Kai Geide | Alexander Geißler | Helga Gerlach | Christian Gernhardt | Felix Alexander Gey | Olaf Gille | Jens Gisel | Karl-Heinz Gobst | Wilfried Götze | Daniel Grainer | Uwe Grindel | Maritta Größler | Wilm Grunwald | Kerstin Guckland | Anatoliy Gyryzh | Maik Haak | Andreas Haase | Axel Hache | Steffen Hackel | Susanne Haeussler | Steffen Hagen | Sabine Hahn | Sven Hahn | Thomas Hahn | Kathrin Halbauer | Christine Handke | Reinold Häneke | Lutz Harder | Iris Harnack | Heiko Hartje | Till Hartmann | Bernd Hartmann | Peter Hartung | Andreas Hartwig | Matthias Havranek | Hubert Havranek | Jörg Hebestedt | Stephanie Heinrichs | Richard Heinke | Jörg Heinrich | Susanne Heinze | Hartmut Heller | Almuth Helm | Irmgard Helsper | Klaus Henseleit | Tanja Henze | Volker Herrmann | Annette Herrmann | Tobias Herzfeld | Andreas Heubach | Donata Hillger | Ellen Hirning | Ivonne Hirschfeld | Frank Hoffmann | Vilma Hoffmann | Thomas Hoffmann | Kerstin Hoffmann | Axel Holotiuk | Günther Holst | Rainer Höpfner | Katharina Ibrahim | Rohlat Ibrahim | Hartmut Illini | Olaf Immisch | Barbara Jahner | Cornelia Jänicke | Wladimir Janzen | Franziska Jaschinsky | Siegfried Jaskulla | Ralf John | Peggy Junger | Angelo Juric | Mathias Kaersten | Christine Kainz | Ina Kaminski | Claudia Kaminsky | Constanze Kaplick | Katja Kästner-Amexas | Sigrid Kautz | Martin Kehl | Michael Keil | Gerhard Keller | Hans-Joachim Keneder | Helgrad Keul | Michael Kewitz | Franziska Kietzmann | Rudolf Kiffner | Danny Kirchhoff | Timo Kirmse | Andreas Klamt | Luba Klaus | Eberhard Klaus | Gabriele Kleine | Markus-Dietrich Kleine | Rolf Kleint | Marion Klinz | Hartmut Kloß | Steffen Klotzsch | Ulrike Knorr | Michael Koch | Antje Koellner | Hans-Jürgen Kohlemann | Regina Konschak | Jeanette Kramer | Petra Krause | Michael Kröner | Anja Krönert | Peter Krüger | Angela Krumbein | Karsten Kucharczyk | Hartmut Kull | Ute Kullik | Thomas Kümmel | Jürgen Kuppermann | Bettina Lampadius | Ines Lange | Tobias Legall | Thomas Lehmann | Rolf Lehmann | Karsten Leidloff | Christoph Lemme | Peter Lindemann | Diana Lindner | Gisela Linke | Eva Linzer | Hartmut Lippert | Dirk Lorenz | Marie-Claude Lühne | Ricarda Lukas | David Lukas | Bärbel Lukowsky | Christian Mährlein | Uda Majer | Heidemarie Malik | Silvia Malkowski | Nina Mantei | Anne Marggraf | Volker Marquardt | Silke Marx | Anja Matthes | Wolfgang Meissner | Ingolf Meister | Martin Mendt | Katrin Menzel | Jürgen Metzner | Eva Meuer | Dieter Meye | Katja Michael | Ursula Michaelis | Martina Minnnder | Boris Mocek | Astrid Möcker | Dirk Mohaupt | Christoph Monka | Jean Fredy Anicet Mouzeke-Djimbi | Marcus Möwes | Michael Muchau | Bernd Müller | Roland Müller | Hannelore Müller | Gernot Müller | Bernd Müller | Anja Müller | Torsten Münch



| Werner Münch | Sven Münch | Conelia Napp | Susanne Neumann | Elsa Nitzer | Bernhard Nitzer | Torsten Nohr | Dagmar Nowack | Maria Nühlen | Falko Nürnberg | Sven Obert | Iris Odeh | Christine Oehlmann | Klimmt Oliver | Claudia Ortlieb | Pete Paehr | Jürgen Panitz | Hagen Peuschel | Irénée Peyrot | Gerd Pfeifer | Doris Pfeiffer | Peter Pieger | Ulrike Planert | Thomas Plank | Tilo Ploß | Antje Pohl | Helga Pollack | Verena Purath | Hartwig Puy | Rita Quaas | Gernot Quasebarth | Oliver Raab | Stephan Raannelt | Wolfgang Radeiski | Dietmar Rahnefeld | Jörg Ramlau | Evelyn Raudith | Khanh Phuong Räuscher | Sigrid Redecker | Michael Reeh | Frank Reichelt | Mechthild Reichstein | Margot Reinhardt | Anna Richter | Carsten Richter | Alfred Richter | Mirko Rische | Heidrun Röbling | Ulrike Rohne-Rehagel | Kirsten Rönicke | Martin Rückriem | Wolfgang Rudolph | Annerose Runde | Uwe Runge | Helmut Rupp | Marko Rupsch | Hannelore Samos | Franziska Samos | Daniel Schad | Sandra Schäfer | Wolfgang Schenkluhn | Jens Schifferl | Irene Schischke | Frigga Schlüter-Gerboth | Martin Schmelzer | Reinhard Schmid | Marita Schmidt | Dirk Schmidt | Jane Schmidt | Uwe Schmidt | Annette Schmidt | Lüder Schmidt | Kathrin Schmidt | Claudia Schmidt | Katrin Schmoll-Hase | Martina Schneider | Edeltraud Schneider | David Schnese | Yvonne Schnipper | Steffen Schock | Friedemann Scholze | Regina Schöps | Günther Schramm | Gerald Schreiber | Sabine Schubert | Mandy Schuhmann | Volker Schulz | Frank Schulze | Tamara Schulze | Udo Schumann | Anni Schumann | Daniela Schwamberger | Susette Schwantge | Elisabeth Schwarz | Jens Schwarz | Christiane Schwiertz | Rainer Schwinge | Joachim Schwirn | Christina Seidel | Nils Seidel | Guntram Seidler | Conny Semmer | Gerald Seupt | Frank Sichtung | Angelika Siersleben | Danae Simmermacher | Michael Skolimowski | Azhar Soboh | Günter Sostmann | Sabrina Spindler | Wolfgang Starke | Hans-Joachim Stenzel | Jane Sternbeck | Gerlind Stopp | Richard Stoy | Dirk Stoyke | Claudia Straube | Cornelius Stütz | Blanka Tandel | Elvira Tauchert | Eberhard Teichgräber | Petra Tenenberg | Antje Thieme | Margit Thomas | Sabine Thomasius | Frank Tillmann | Rosemarie Tocki | Sabine Ursel | Dagmar Verbeek | Friederike Vogelmann | Otto Vollrath | Heidrun von Rauchhaupt | Rainer Von Sivers | Pierre von Zaubenstein | Gerd Wagner | Daniela Wagner | Andre Wallberg | Jürgen Wallwitz | Heike Weber | Bernd-Ulrich Weber | Petra Weidner | Clemens Weidner | Frieder Weigmann | Beate Weise | Heike Wendler | Monika Wendt | Michael Wengorz | Holger Wenzlaff | Jasmin Werner | Anne Werner | Ortnit Wetterau | Karl-Heinz Wilke | Edda Wilke | Günter Wirth | Dirk Witt | Britta Woldt | Marie Wolf | Maja Wolfermann | Cordula Wolke | Cordula Wolke | Matthias Wonnay | Horst Wünschiers | Steven Wust | Wolfgang Zacher | Philipp Zettler | Gudrun Zimmer | Patrick Zörner

EIN DANKESCHÖN

Vor und hinter den Kulissen haben viele Menschen tatkräftig an der Umsetzung des BürgerForums mitgewirkt: Judith Quatember von der Stadt Halle (Saale) hat mit ihrem Team die Veranstaltungen organisiert. Mit großem Engagement setzten sie das BürgerForum 2011 zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeiten vor Ort um. Ohne ihren Einsatz wäre das BürgerForum Halle nicht möglich gewesen. Petra Voßebürger moderierte die Veranstaltungen. Katharina Hochfeld, Gerda Mahmens, Maria Katharina Pohlen und Mario Stock moderierten in ehrenamtlicher Tätigkeit die Online-Diskussion. Ihnen und allen zahlreichen Helfern, die hier nicht namentlich erwähnt sind, gilt besonderer Dank.



Solidarität und Gerechtigkeit

Chancengleichheit ist die Voraussetzung für Solidarität und Gerechtigkeit. Dazu müssen wir zunächst in unserer Gesellschaft das Bewusstsein für diese Werte legen, um so allen Generationen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Arbeit als wichtiges Gut für ein menschenwürdiges Leben müssen wir gerecht entlohnen, während solidarische Versorgungssysteme die Unterstützung bedürftiger Mitmenschen sicherstellen, die ihrerseits einen ihnen möglichen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

BürgerRedakteure Sven Hahn, Sigrid Kautz

VORSCHLAG

RECHT AUF WÜRDIGE, ERFÜLLENDE ARBEIT UND GERECHTE ENTLOHNUNG

Auch wenn ein Recht auf Arbeit kaum durchsetzbar ist, wollen wir versuchen, Möglichkeiten für würdige, gerecht bezahlte Arbeit zu schaffen. Renten sollen entsprechend der früheren Arbeitsleistung die ehemaligen Arbeitnehmer versorgen. Die gerechte Besteuerung der Arbeit ist uns wichtig.

BEGRÜNDUNG

Unsere Gesellschaft ist leistungsorientiert und zieht zur Bewertung ihrer Mitglieder vorwiegend die berufliche Tätigkeit heran.

Einem erwerbslosen Menschen fehlt häufig sowohl die Wertschätzung der Gesellschaft als auch das Selbstwertgefühl.

Wir sind der Meinung, dass nicht jeder Mensch die Möglichkeit hat, einen angemessenen Arbeitsplatz im Bereich der Privatwirtschaft zu finden, sei es auf Grund geringer Bildung, die nicht in ausreichendem Maße erweitert werden kann, durch mangelnde Mobilität oder andere Gründe.

Diese Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, Aufgaben für die Gesellschaft zu übernehmen, die ihnen das Gefühl geben, gebraucht zu werden und für die Gesellschaft einen Wert zu haben.

Da Steuern ein zentraler Punkt unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens sind, muss auch hier für Gerechtigkeit gesorgt werden. Rentengerechtigkeit scheint nicht zu unserem Thema zu gehören, jedoch muss Arbeit auch ge-

würdigt werden, wenn sie vor längerer Zeit geleistet wurde.

VORSCHLAG IM DETAIL

Zentraler Punkt unseres Vorschlages ist es, möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, eine erfüllende Aufgabe für ihr Leben zu finden.

Diese Suche muss durch klare staatliche Regulation des Arbeitsmarktes begleitet werden. So müssen der Missbrauch von Leiharbeit im Speziellen, aber auch sittenwidrig niedrige Löhne im Allgemeinen durch die Einführung eines Mindestlohnes gestoppt werden.

Um den Gerechtigkeitsaspekt darüber hinaus zu berücksichtigen, schlagen wir vor, die Besteuerung mittlerer Einkommen zu senken und so entstandene Belastungen durch eine Erhöhung des Höchststeuersatzes und von Steuern auf Einkünfte aus Kapitalerträgen gegenzufinanzieren.

Die Variabilität der Mehrwertsteuer soll erhöht werden.

Wir gehen davon aus, dass es eine erhebliche Zahl an Leistungsempfängern

gibt, die aus verschiedenen Gründen nicht in den Arbeitsmarkt vermittelbar sind.

Wir schlagen die Einführung des Gemeindearbeiters vor. Ist absehbar, dass jemand auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen hat, kann er/sie Gemeindearbeiter werden. Gemeindearbeiter arbeiten 20 Stunden pro Woche zu einem Stundenlohn von 7,50 Euro. Zusätzlich wird ihnen eine Gemeindeförderung gestellt, die der Größe ihres Haushaltes gerecht wird.

Die Einführung einer Arbeitsmöglichkeit mit einem Stundenlohn von 7,50 Euro bietet jedem Arbeitswilligen eine Alternative zu Betrieben, deren Arbeitsbedingungen allgemein als sittenwidrig gesehen werden.

Somit kann dieses Konzept helfen, die Zeit zu überbrücken, bis ein allgemeiner Mindestlohn beschlossen wird.

Neben dem (potenziell) erwerbstätigen Teil der Gesellschaft möchten wir uns in unserem Vorschlag nicht desto weniger mit ehemaligen Arbeitnehmern befassen. Die Versorgung von Rentnern und Pensionären soll unabhängig vom Bundes-



land des Empfängers derart gestaltet werden, dass möglichst kein Rentner von einer Mindestrente leben muss: Die Lebensleistung des Beziehers soll gewürdigt und dabei auch ehrenamtlich geleistete Arbeit berücksichtigt werden.

PRO UND CONTRA

Ein Kernargument gegen die Umsetzung des Konzeptes „Gemeindearbeiter“ ist die Finanzierbarkeit. Verrechnet man jedoch die ohnehin gezahlte Unterstützung und den Wert der geleisteten Arbeit, kann eine Einzelperson ohne Mehrkosten vom ALG-II-Empfänger zum Gemeindearbeiter werden.

Geht es um Familien, möchten wir darauf hinweisen, dass für die stärkere Unterstützung von Kindern aus sozial schwachen Familien bereits der politische Wille besteht.

Um dem Argument der Ausbeutung von Gemeindearbeitern entgegenzuwirken, möchten wir betonen, dass der Stundenlohn für Gemeindearbeiter bei bundeseinheitlich 7,50 Euro liegen soll. Dieser Betrag liegt über dem Lohn vieler

Beschäftigter in der freien Wirtschaft. Hinzu kommt der Bedarf, die frei werden Stellen von Zivildienstleistenden zu besetzen. Hierfür sind Kurzschulungsprogramme bereits etabliert und auch deren Finanzierung müsste lediglich umgeleitet werden.

UMSETZUNG

Ist absehbar, dass jemand auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hat, kann er Gemeindearbeiter werden. Gemeindearbeiter arbeiten 20 Stunden pro Woche zu einem Stundenlohn von 7,50 Euro. Zusätzlich wird ihnen eine der Größe ihres Haushaltes angemessene Gemeindeförderung gestellt. Gemeindearbeiter unterstützen gemeinnützige Vereine, helfen in sozialen Einrichtungen und übernehmen Aufgaben in städtischen Betrieben. Sie haben den Vorteil, keine Rechenschaft über Bewerbungen ablegen zu müssen, ein geregeltes Leben zu führen und ein höheres Ansehen zu genießen.

Um diesen Vorschlag umzusetzen, müssen Stadt- und Landräte eine Organisationsstruktur für ihre Kommune ent-

wickeln. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales muss finanzielle Unterstützung gewähren. Hier muss überdies ein Mindestlohn und eine Reform der Renten beschlossen werden.

Der Bundesminister für Finanzen muss den Höchststeuersatz und die Steuern auf Kapitalerträge erhöhen und die Besteuerung mittlerer Einkommen senken.

*BürgerRedakteure
Sven Hahn, Sigrid Kautz*

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Chancengleichheit erfordert Solidarität“, „Ganztags-schulen als sozialer Lernort“, „Gleichbehandlung“ sowie „Soziales Jahr für alle“.



Demokratie und Beteiligung

Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie. Die Bürger – vom Kind bis zum Senior – erleben ihre Mitwirkungsmöglichkeiten aber meist als gering. Eine Kultur des politischen Engagements setzt auf der Seite der Bürger Verstehen und Motivation und auf der Seite der Politik transparentere, offenere Prozesse voraus. Die Bürger sollen über neue Beteiligungsformen befähigt werden, sich dauerhaft in ihrem Lebensumfeld und darüber hinaus so zu engagieren, dass dies in der Realität Wirkung zeigt.

BürgerRedakteure Julia Bohlken, Sascha Gätzschmann

VORSCHLAG

STÄNDIGE BÜRGERFOREN EINRICHTEN

Auf allen Ebenen, auf der Ebene der Kommune, des Landes und des Bundes werden Bürgerforen eingerichtet und regelmäßig abgehalten. Bürger diskutieren hier aktuelle Fragen und Probleme, Vertreter der Politik nehmen verpflichtend teil. Ehrenamtlichkeit wird geschätzt und gefördert.

BEGRÜNDUNG

Es sollen Möglichkeiten für die Bürger geschaffen werden, ihre geistige, soziale, intellektuelle, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen und sich mit daraus entstehenden Anregungen in die Politik einzubringen.

Dafür sollen vor allem auf kommunaler Ebene, aber auch auf Landes- und Bundesebene Bürgerforen eingerichtet werden, in denen zusammen mit gewählten Politikern beraten, abgestimmt und entschieden werden kann. Mittels Bürgerforen erfahren Bürger, wie Entscheidungen getroffen werden können, und befassen sich mit zentralen gesellschaftlichen Themen. Bürgerforen können Vorschläge unterbreiten und den Willen der Bürgergesellschaft widerspiegeln.

Die gewählten Vertreter sollen die erarbeiteten Vorschläge und den Willen der Bürgerschaft in ihre Entscheidungen mit einbeziehen. Gewissensentscheidungen sollten Vorrang vor Partei-disziplin haben.

Die Qualität der Foren wird von der Bereitstellung von Informationen abhängen.

VORSCHLAG IM DETAIL

Ein kommunales Bürgerforum wird durch zufällige Auswahl von 400 Bürgern für eine bestimmte Zeitdauer gebildet. Das Bürgerbüro in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen oder nebenberuflichen Bürgerredakteuren und drei gewählten Vertretern aus der Mitte des Forums stellt anstehende Themen verständlich dar, kommuniziert Informationen per Online-Plattform und per Amtsblatt und moderiert Online-Diskussionen.

Die Themen orientieren sich an einer vom Bürgerforum erstellten Tagesordnung. Kommunale Entscheidungsträger werden zur Teilnahme verpflichtet. Das Bürgerbüro stellt sicher, dass regelmäßig Workshops zu Moderationsformen und Beratungsregeln stattfinden, um die Qualität der Auseinandersetzung bei den Foren zu steigern. Ein System, interessierte, sachkundige

Bürger in Entscheidungsprozesse einzubinden, muss gefunden werden. Ob diese sich freiwillig zur Verfügung stellen, ernannt oder gewählt werden, bleibt noch offen.

Auf Landesebene und der Ebene des Bundes müssten ähnliche Strukturen erarbeitet werden. Hier sind natürlich umfassendere Themen interessant z. B. „Der Umgang mit der Atomkraft und mit erneuerbaren Energien“, „soziale Bezüge wie Hartz IV“, „Kriegseinsätze“ etc. Eine breite öffentliche Diskussion vorausgesetzt sollten die Bürgerforen Bürgerbegehren oder Bürgerentscheide anregen und unter bestimmten Voraussetzungen deren Umsetzung einfordern dürfen.

Über eine Neuaufstellung des Verhältnisses von gewählten Politikern und Bürgern sollte kreativ nachgedacht und breit beraten werden, um eine Politik zu erreichen, die konstruktiv und an den Nöten der Zeit orientiert ist. Es müssen zudem Kriterien erarbeitet werden, um aus den Betroffenen Beteiligte werden zu lassen, ohne überbordende Bürokratie und in einem sicheren rechtlichen Rahmen.



PRO UND CONTRA

Mit der Einrichtung von Bürgerforen wird eine effektive Struktur kontinuierlicher Bürgerbeteiligung erreicht, wenn genügend Anreize zur Beteiligung geschaffen werden. Durch die Zufallsauswahl werden Bürger für gesellschaftliche Themen interessiert. Dabei sorgt die Nutzung moderner Kommunikationsmöglichkeiten für eine effiziente Meinungserfassung.

Durch die enge Verzahnung von Bürgern und Entscheidungsträgern wird der Bürgerwillen beständig wahrgenommen und zunehmend berücksichtigt. Damit wächst der Druck auf Entscheidungsträger, nachhaltiger zu entscheiden, und die Rechenschaftspflicht wird gestärkt. Indem das Forum wie ein Beratergremium fungiert, wird die Spaltung zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern relativiert.

Zu bedenken ist, dass sich Entscheidungsprozesse verlängern. Außerdem wird die Organisation der Foren die Kraft von Ehrenamtlichen höchstwahrscheinlich übersteigen; es entstehen

also Kosten. Der Einsatz von Online-Diskussionen könnte bestimmte Menschen ausgrenzen.

UMSETZUNG

Das Bürgerforum wird geleitet und organisiert durch das Bürgerbüro der Oberbürgermeisterin in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen oder nebenberuflichen Bürgerredakteuren und drei gewählten Vertretern aus der Mitte des Forums.

Alle Bürger werden durch das Amtsblatt der Stadt Halle über alle größeren politischen Vorhaben informiert. Zeitgleich werden diese Themen auf die Online-Plattform des Bürgerforums gestellt, wo die Diskussion der Forumsmitglieder beginnt. Nicht-Mitglieder des Bürgerforums können beim Bürgerbüro einen Antrag auf Mitwirkung stellen.

Die Ergebnisse des Forums werden über die Bürgerredakteure in den Sitzungen des Stadtrats kommuniziert. Der Stadtrat entscheidet über Annahme, Ablehnung oder eine überarbeitete Annahme des Bürgerwillens.

Die Bürgerredakteure nehmen aktiv an den Beratungen teil. Die Ergebnisse der Stadtratssitzung werden auf der Online-Plattform und im Amtsblatt veröffentlicht.

BürgerRedakteur Sascha Gätzschmann

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „(Online-) Medien für Transparenz und Mitbestimmung“, „Direkte Mitbestimmung bei kommunalpolitischen Belangen“, sowie „Entscheiden lassen, entscheiden lernen“.



Familiäre Lebensformen

Die Familie muss als wichtigste Keimzelle der Gesellschaft in Politik, Wirtschaft, Medien und Bildung gewürdigt werden. Um Chancengleichheit in allen Familien-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen zu erreichen, sollen neue Verteilungsprinzipien gefunden werden. So sollen Familien durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein familienfreundliches Wohnumfeld und die Würdigung der Pflege von Familienmitgliedern gestärkt werden. Bürokratie soll abgebaut werden, dazu dient u. a. ein Bürgergeld.

BürgerRedakteure Ursula Michaelis, Rita Quaas

VORSCHLAG

FAMILIENFREUNDLICHE GESELLSCHAFT

Die Familie soll im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen. Dazu braucht die Familie Anerkennung durch Wirtschaft und Staat. Es müssen Anreize zur Förderung der Familie geschaffen werden, die alle Beteiligten zufriedenstellen.

BEGRÜNDUNG

Die Zukunft der Gesellschaft liegt in der Familie, da ohne deren derzeitige und zukünftige Mitglieder die Gesellschaft nicht existieren kann. Deshalb muss der Staat Familienfragen öffentlich wirksam propagieren sowie Familien ideell und materiell fördern.

Ein Hauptproblem ist, dass in Deutschland die Pflege und Erziehung das Recht der Eltern ist, aber die gesetzlich geregelte Finanzierung über die Elternzeit hinaus meist nicht gewährleistet wird. So werden Familien, die ihre Kinder bis zum Schulalter zu Hause betreuen, meist vor finanzielle Probleme gestellt. Genauso wichtig ist die Anerkennung dieser Zeiten bei der Rentenberechnung.

Zusätzlich sollen für alle Familien bezahlbare Freizeit-, Bildungs- und Ganztagsangebote bereitgestellt werden. Gelder sollen zielgerichtet an Vereine, Kindertagesstätten und Schulen fließen.

Darüber hinaus ist das Ehrenamt zu unterstützen. Ergänzend hierzu ist ein

gesetzlicher Rahmen zu schaffen, um Arbeitgeber zu familienfreundlicheren Maßnahmen zu verpflichten.

VORSCHLAG IM DETAIL

Als Familie sollen zukünftig die Ehe, Alleinerziehende mit Kind, eheähnliche Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtliche Partnerschaften gelten. Wenn man diese Familien in den Mittelpunkt der Gesellschaft stellt, so hat der Staat neben der finanziellen Förderung auch auf ein neues Verständnis von Familie hinzuwirken.

Medien und Rundfunk sollen familiäre Probleme und Bedürfnisse kritisch betrachten und begutachten, aber auf gewaltverherrlichende und überzogene Lebensdarstellungen (heile Welt) verzichten.

Durch den Staat muss eine Bereitstellung von bezahlbaren Kindertagesstätten sowie Pflege- und Senioreneinrichtungen gewährleistet werden. Bereitsstehende Gelder sollen zielgerichtet zertifizierten Einrichtungen mit bildendem, sportlichem und kulturellem

Hintergrund zugutekommen und es soll ein Gießkannenprinzip vermieden werden. Ein Augenmerk liegt dabei auf der Schaffung von Mehrgenerationenhäusern. Bei Zuzahlungen kann ein geringer Sockelbeitrag in Erwägung gezogen werden. Dieser sollte aber grundsätzlich vom Einkommen oder den Möglichkeiten des Bürgers abhängig gemacht werden.

Für die Stärkung der Familien haben die Arbeitgeber die Arbeitnehmer gerecht zu entlohnen und es müssen flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsplätze geschaffen werden, um Kinder und pflegebedürftige Familienangehörige betreuen zu können. Arbeitgeber können, genau wie andere Institutionen, zusätzliche Anreize schaffen, die das Engagement für die Familie fördern. Dafür sollen diesen Arbeitgebern steuerliche Vorteile gewährt werden.

Um Familien zu stärken, ist eine geregelte Förderung notwendig, damit komplizierte Antragstellungen und lange Wartezeiten vermieden werden. Diese Mittel sollen aber auch kontrolliert werden und vor allem in Form von ziel-



gerichteten Zuwendungen erfolgen, z. B. durch die Zahlung eines Bürgergeldes.

PRO UND CONTRA

Negativ an diesem Vorschlag ist sicherlich der hohe finanzielle Aufwand. Auch der bürokratische Aufwand zur Umsetzung der Vorschläge dürfte im Moment beachtlich sein. Zudem werden sicherlich nicht alle Bürger diese zentrale Förderung der Familie unterstützen.

Positiv wirken sich hingegen die Zufriedenheit derjenigen aus, die „stressfreier“ einer Betreuung ihrer Kinder oder Pflege von Familienangehörigen nachgehen können und ihre Familie in guten Händen wissen. Sie sind sich der gesellschaftlichen Unterstützung sicher.

Familienorientierte Arbeitgeber erfahren bei der Umsetzung der Konzepte eine besondere Aufwertung durch die Öffentlichkeit und ihrer eigenen Arbeitnehmer – vor dem Hintergrund eines Fachkräftemangels ein wichtiger Aspekt. Zudem werden die Arbeitnehmer

und ihre Angehörigen stärker an das Unternehmen gebunden.

Unsere Zukunft sind sowohl die jungen als auch die alten Menschen und nur die Familie kann beiden Gruppen gerecht werden.

UMSETZUNG

Der erste Schritt ist die Wahl der Vorschläge. Die gewählten Vorschläge müssen sich dann Regierung und alle Bürger zu eigen machen und sich damit identifizieren.

Wichtig ist, dass in der Umsetzung nicht einzelne Insellösungen von den Landesregierungen geschaffen werden, sondern dass ein deutschlandweites Konzept umgesetzt wird. Die Vorschläge sollen zudem nicht als Wahlkampagne von Parteien eingesetzt werden, sondern selbstverständlich und langfristig konzipiert werden (wie z. B. durch eine Grundgesetzänderung).

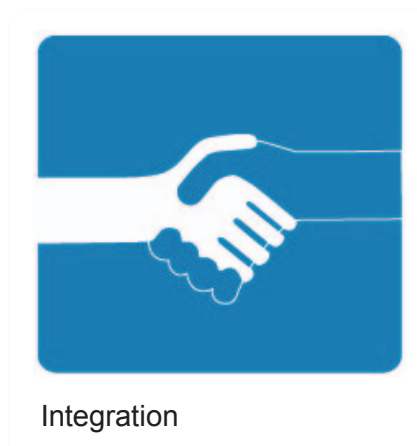
Schön wäre es auch, wenn es ein Gremium aus der „normalen“ Bevölkerung gäbe, welches an der Umsetzung mitarbeiten kann. Hierfür ist auch die

Einbindung von Jugend- und Seniorenparlamenten unabdingbar. Das heißt aber auch, dass das Mitbestimmungsrecht und auch Einspruchsrecht erweitert werden muss – bis hin zum Bürgerentscheid.

BürgerRedakteur Rita Quaas

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Anerkennung der Wichtigkeit der Familie“, „Kostenlose, gute Plätze in Kindertagesstätten (und finanzielle Unterstützung)“, sowie „Verpflichtung zur Teilnahme an Bildungsangeboten für Kinder und Eltern“.



Deutschland ist eine Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und sozialem Status leben. Menschen, die anders sind, sollen von ihren Mitmenschen in Würde akzeptiert werden und an der Gesellschaft teilhaben. Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander ist die Achtung der Menschenwürde eines jeden Einzelnen. Dazu gehören auch die Diskussion zu gesellschaftsrelevanten Themen und eine wertschätzende Berichterstattung in den Medien. Durch eine Stärkung des Gemeinschaftsgefühls kann ein Abbau von Berührungsängsten erreicht werden.

BürgerRedakteure Sabine Schubert, Azhar Soboh

VORSCHLAG

MENSCHENWÜRDE UND INTEGRATION DURCH ERZIEHUNG UND BILDUNG

Wir sollten das Potenzial aller Menschen nutzen und unsere weltweite Gemeinschaft betonen. Hierfür muss ein Menschenbild gelehrt werden, das herausstellt, dass die Menschen den gleichen Ursprung und die gleiche Wertigkeit haben und es muss in der Ausbildung die Möglichkeit gegeben sein, sich zu begegnen.

BEGRÜNDUNG

Menschenwürde und Integration kann am besten durch Erziehung und Bildung vermittelt werden, weil hier Einfluss auf eine große Anzahl an Menschen genommen werden kann. Menschen können von der Kindheit an mit Ideen wie der „Einheit der Menschheit“ und der Notwendigkeit der Zusammenarbeit für ein Ziel konfrontiert werden.

Die Unterscheidung in Fremde und Freunde wird in vielen Fällen gar nicht erst aufkommen, Vorurteile werden abgebaut und ein verständnisvolles Miteinander wird unsere Gesellschaft stärken. Alle werden einbezogen und für alle besteht die Möglichkeit, individuelle Fähigkeiten sowie Wissen und Können – körperlich wie geistig, zum Nutzen aller einzusetzen. Nur so schafft man Grundvoraussetzungen, die allen die besten Chancen ermöglichen.

VORSCHLAG IM DETAIL

Damit dieser umfassende Vorschlag realisiert werden kann, sollen bereits im

Kindesalter die ersten Schritte unternommen werden. So ist eine Kindergartenpflicht von mindestens einem Jahr vor Einschulung Voraussetzung, um eine möglichst große Reichweite zu erzielen. Die Kinder können bereits hier ein Miteinander lernen sowie vor der Schule Defizite in Deutsch aufholen, sofern dies nicht zu Hause stattgefunden hat.

Die Förderung und Weiterentwicklung dieser Tradition des Miteinanders, die Aktivierung im Ethikunterricht und die Durchführung von Konfliktlösungskursen sollen dann im weiteren Ausbildungssystem den Zusammenhalt der Menschen weiter verbessern und den Wert der Menschenwürde stärken.

Auch die aktive Einbeziehung der Wirtschaft in die Berufsbildung, die Schaffung von generationsübergreifenden Zentren und die bedarfsgerechte Ausbildung können wichtige Bausteine zur Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sein.

Zur Integration durch Bildung gehört zu guter Letzt auch die Einbindung körperlich und geistig behinderter Men-

schen in das gesamtgesellschaftliche Leben.

PRO UND CONTRA

Kinder, die gemeinsam einen Kindergarten besuchen, lernen den Umgang miteinander, was letztendlich eine langfristige Wirkung hat, z. B. bessere soziale Verhältnisse und Bildungschancen. In manchen Ländern gibt es die Pflicht schon in Form einer Vorschule, die jedes Kind im Alter von fünf Jahren zu besuchen hat, um die Grundvoraussetzungen für die Schule zu lernen. Dies ist als ein positiver Zwang zu verstehen, denn die Kinder geben ihre Lernerfolge auch an ihre Eltern weiter.

Die Wirkung dieses Vorschlags wird sich erst langsam entfalten, auch das Konzept lässt sich nicht übermorgen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen umsetzen, da genügend Kindergartenplätze und gute pädagogische Betreuung zunächst vorhanden sein müssen.



UMSETZUNG

Für nachhaltige Förderung der Integration durch Bildung ist eine gewisse Vorlaufzeit erforderlich, in der die Inhalte festgelegt und neue Fördermaßnahmen erfasst werden. Für die Überbrückungszeit werden die bereits überall vorhandenen Strukturen verstärkt, um anschließend folgende Vorschläge umzusetzen:

Individuellere Kinderbetreuung wird durch mehr Personal in der Vorschulerziehung erreicht. Dies muss durch engere Einbeziehung der Eltern in die Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützt werden. Damit die Ausbildung erfolgreich ist, werden Erziehungs- und Lehrberufe durch hohe Ansprüche und Vergütung attraktiver gemacht und ausgebaut.

Spezialisten für die Qualifizierung von älteren Menschen, Zuwanderern und Behinderten werden ausgebildet. Dieser Fachkräftebedarf wird durch Organisationen der Wirtschaft vorausschauend ermittelt. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, werden die

schulischen Bildungsmaßnahmen und kostenlose Sprachkurse für Arbeitssuchende und Ausländer erweitert.

BürgerRedakteur Azhar Soboh

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Integration beginnt im Kopf – bei jedem selbst“, „Integration in der Freizeit- und Kulturarbeit (aufeinander zugehen)“, sowie „Kindergarten-Erziehung zu Akzeptanz und Toleranz“.



Bildung

Das föderalistische Bildungssystem ist in der mobilen Gesellschaft nicht mehr zeitgemäß. Erforderlich ist eine bundesweite Vereinheitlichung. Diese ist selbst noch keine Garantie für bessere Qualität von Bildung, sondern nur eine politische Voraussetzung für ihre nationale Umsetzbarkeit. Gefordert wird zugleich eine qualitative Verbesserung der Strukturen des Bildungswesens von vorschulischer Erziehung bis zu universitärer Bildung und beruflicher und persönlicher Fortbildung. Die Umsetzung dieser Reformen soll am Prinzip der Chancengleichheit ausgerichtet werden.

BürgerRedakteure Ulrich Diehl, Hartmut Illini

VORSCHLAG

BILDUNGSPOLITIK MUSS BUNDESPOLITIK SEIN

Eine „Entföderalisierung“ des Bildungssystems ermöglicht, den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechende Entscheidungen in der Bildungspolitik so zu treffen, dass die Schüler bundesweit und flexibler nach einheitlichen Lernstrukturen auf ihre Zukunft vorbereitet werden können.

BEGRÜNDUNG

Da gegenwärtig die Schule Ländersache ist, ergeben sich oft Komplikationen wegen je nach Bundesland verschiedener Schulformen, Lehrpläne und -materialien. Die Folgen sind verschiedene Wertungen und Anerkennungen von schulischen Abschlüssen, da bundesweit kein verbindliches Wissen zu gewährleisten ist. Jene Bedingungen erschweren auch die Umschulung der Kinder infolge beruflich bedingten Umzugs der Eltern.

Nur eine Zentralisierung von Festlegungen zur Bildung gestattet, einen bildungspolitischen Rahmen durchzusetzen, der eine gleiche, den technischen, wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Wissensstand beachtende Schulreform ergibt und zur Bereinigung überfrachteter Lehrpläne führt.

Allen Kindern ist die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu gewähren und damit an einem ihren Entwicklungsstand berücksichtigenden Bildungsweg, ohne Einschränkungen infolge Herkunft oder Behinderung.

Aus jenen Gründen resultiert die Forderung nach ganztägigen Gesamtschulen auf Bundesebene.

VORSCHLAG IM DETAIL

Der Vorschlag beinhaltet, dass Eltern nicht bereits im Laufe der vierten Klasse eine Auslese ihres Kindes verantworten müssen. Ein gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse und die bundesweite und bestandssichere Einführung von ganztägigen Gesamtschulen entsprechen am ehesten dem gesellschaftlichen Erfordernis. Dadurch bleibt Kindern wie Jugendlichen ein ihrem Entwicklungstempo entsprechender Bildungsweg länger offen. Gleichzeitig können Förderbedarf und familiäre Bedingungen der Schüler individueller berücksichtigt werden.

Um faire Bildungschancen zu wahren, ist jeder Bildungsweg vom Kindergarten bis zum Schulabschluss oder Examen durch den Staat zu finanzieren. Dies schließt kostenlose Schulbücher, die Förderung der Mittagsversorgung der Schüler sowie die Möglichkeit einer beitragsfreien, pädagogisch unterstützten

Betreuung und Freizeitgestaltung in einer ganztägigen Gesamtschule bis mindestens zur zehnten Klasse ein. Auch an den Hochschulen ist die Regelstudienzeit eines Erststudiums gebührenfrei zu gewähren.

Hohe Schülerzahlen in einer Klasse führen zu mangelnder individueller Einflussnahme auf Lernmotivation und Erkenntnisprozesse von Schülern, oft zur Überforderung von Lehrkräften und dadurch häufig zu Stundenausfällen. Eine Klassen- und Lerngruppenstärke bis maximal 20 Schüler und hinreichende Aufstockung von qualifiziertem Lehrer-, Erzieherpersonal sowie von Sonderpädagogen kann dieses Problem lösen helfen und wirkungsvoll dazu beitragen, die vielerorts bemängelte hohe Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu reduzieren.

Bevor wegen der demografischen Entwicklung in verschiedenen Regionen Schulen geschlossen werden, ist zu prüfen, ob zumindest für Kinder der unteren Klassen ein Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann, um dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ gerecht zu bleiben



und die Familienbindung zum Ort nicht zu gefährden. Ein mobiler Einsatz von Lehr- und Erziehungspersonal oder ein beaufsichtigter und gut organisierter Schülertransport sind auch denkbar.

PRO UND CONTRA

Die oft frustrierenden Bedingungen für Schüler können nicht allein durch die Fähigkeiten der Lehrer kompensiert werden. Zudem nimmt die Zahl der Kinder mit besonderem Zuwendungsbedarf aus verschiedenen Gründen zu.

Aus den genannten Bedingungen und dem Vorschlag ergeben sich zusätzliche organisatorische, personelle und damit verbunden erhebliche finanzielle Aufwendungen. Durch das neue Bildungssystem können aber auch Erarbeitung und Druck bundeseinheitlicher Lern- und Lehrmaterialien optimiert werden und so zu finanziellen Einsparungen führen.

Die zusätzlichen Aufwendungen sollten für unsere Gesellschaft, die zunehmende Kinderlosigkeit beklagt und Kinder als ihre Zukunft anerkennt, vertretbar sein.

Mit der Umsetzung des Vorschlages dürfen die Kinder nach national gültigen Standards ihre Lernbiografie so absolvieren, dass ihnen in unserer mobilen Gesellschaft sowohl über Bundesländergrenzen als auch zukünftig über Staatsgrenzen hinweg gleiche Entwicklungschancen gegeben werden.

UMSETZUNG

Nach einer Verfassungsänderung ist ein nationaler Bildungskonvent zu berufen, um den Rahmen für eine bundesweit geltende Bildungsreform bezüglich Inhalt, Schulstruktur und Fortschritt festzulegen, die bei objektiver Einschätzung von Tendenzen längerfristigen Bestand haben kann.

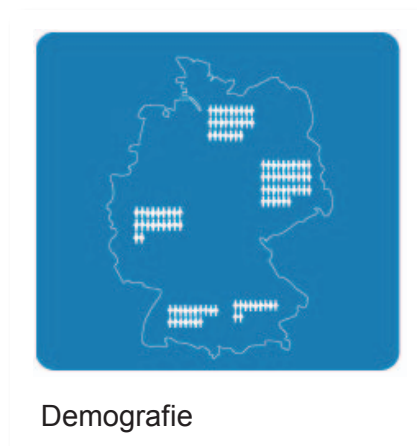
Um eingeschlagene Laufbahnen der Kinder nicht zu behindern, sind die getroffenen Maßnahmen schrittweise durchzusetzen, ohne Nachteil für die Ausstattung der Bildungsstätten. Der erhöhte Bedarf an Lehrern und Erziehern ist zu erfassen und die Ausbildung und Qualifizierung geeigneter Interessenten perspektivisch zu ermöglichen.

Parallel sind die finanziellen Erfordernisse zu kalkulieren und dafür Quellen zu erschließen. Außerdem sind Absprachen mit Autoren und Druckereien von Lehrbüchern erforderlich, um die Bereitstellung von bundesweit gültigen Lehrbüchern vorzubereiten. Schulen mit Standortsicherheit sind kurzfristig zu einer Mittagsversorgung für ihre Schüler und zu Ganztagsangeboten anzuhalten.

BürgerRedakteur Hartmut Illini

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Bundesweit einheitliche Ganztagsangebote“, „Verfassung ändern (I)“, sowie „Verfassung ändern (II)“.



Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind in vielen Bereichen zu spüren: Überalterung, Migrationsbewegung usw. Welche Möglichkeiten gibt es, diesen Wandel zu nutzen und zu beeinflussen? Im Besonderen ist es wichtig, den Menschen Perspektiven aufzuzeigen, sich vor Ort beruflich und familiär weiterzuentwickeln und niederzulassen. Darüber hinaus gilt es, Netzwerke zu schaffen, die ein generationsübergreifendes Miteinander ermöglichen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was wir von „Vorbildern“ (nordeuropäische und skandinavische Länder, Schweizer Rentenmodell) lernen und übernehmen können.

BürgerRedakteure Dagmar Nowack, Antje Pohl

VORSCHLAG

GENERATIONSÜBERGREIFENDE NETZWERKE SCHAFFEN

Die Vorteile des demografischen Wandels sollen innerhalb eines Stadtviertels in einer Einrichtung, die generationsübergreifend die Interessen der lokal eingebundenen Menschen vertritt, genutzt werden. Dieses Zentrum ist aktiv in Kontakt mit den vorhandenen sozialen Einrichtungen im Stadtviertel.

BEGRÜNDUNG

Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem wachsenden ökonomischen Druck unter Schrumpfungsbedingungen mit seinen zusätzlichen Belastungen für das Zusammenleben der Generationen ist ein Zentrum mit der genannten Ausrichtung die beste Möglichkeit, Menschen mit verschiedenen demografischen Hintergründen (Alter, Herkunft) zu aktivieren, sich kooperativ in das Gesellschaftsleben einzubringen; und das in „ihrem“ Stadtviertel.

Denn: in einer guten „Nachbarschaft“ beginnen für die Menschen spürbare positive Veränderungen im Zusammenleben. Die Menschen können Verantwortung im größeren Umfang kennenlernen – für Projekte, Programme, gemeinsame Aktivitäten und Angebote – und einen Einblick bekommen in die Lebensgeschichten und Erfahrungen von älteren Menschen oder Leuten aus anderen Kulturkreisen und Ländern. Das schafft Vertrauen und sorgt für besseres Verständnis –

ein besseres Zusammenleben im Stadtviertel ist dann möglich.

VORSCHLAG IM DETAIL

Mit den generationsübergreifenden Netzwerken soll ein Dach für bestehende Zentren geschaffen werden, das außerhalb jeder parteilichen und wirtschaftlichen Abhängigkeit arbeiten kann. Die Zentren, die aktiv im Kontakt mit den sozialen Einrichtungen im Stadtviertel (Kindergärten, Schule, Seniorenheim, Mehrgenerationenhäuser etc.) stehen, organisieren mit diesen verschiedene Programme, um die Generationen näher zusammenzubringen und voneinander lernen zu lassen.

Ein wichtiger Punkt ist dabei, auf die Interessen, Initiativen der Bürger vor Ort einzugehen und entsprechende Vorschläge mit ihnen auszuarbeiten und gemeinsam umzusetzen. Je nachdem, welche Besonderheiten (z.B.: größere Anzahl bestimmter ethnischer Gruppen) es in dem Stadtviertel gibt, sollte die Ausrichtung der Angebote des Zentrums auf diese örtlichen Gegeben-

heiten eingehen. Diese Zentren sollten auch mehr vor dem Hintergrund des demografischen Wandels arbeiten und ihre Aktivitäten im Zusammenhang damit sehen.

Diese neue Einrichtung sollte dort unterstützen. Eine Aufteilung des Aufgabenbereiches sollte sich auf die vorhandenen Einrichtungen beziehen, um optimal mit diesen und der Stadt zusammenarbeiten zu können. Diese geschaffene Basis soll auch für spätere Projekte und die Zusammenarbeit mit der Stadt oder weiteren Gruppen, Organisationen und Vereinen zur Verfügung stehen.

PRO UND CONTRA

Die Idee eines generationsübergreifenden Zentrums, von Mehrgenerationenhäusern und Leihgroßeltern ist nicht neu. Ihre Realisierung und ihr langfristiges Wirken sind immer an ökonomische Kennziffern gebunden.

Diese Zentren halten auch die Abwanderung der jungen Familien nicht auf und können deshalb nicht die Ursa-



chen beseitigen, jedoch können damit die Folgen des demografischen Wandels abgefedert werden. Die bereits vorhandenen generationsübergreifenden Zentren könnten ökonomisch effektiver arbeiten, wenn man diese zusammenlegt und bereits vorhandene Angebote allen Bürgern zu verschiedenen Zeiten anbietet.

UMSETZUNG

Um übergreifende Netzwerke zu schaffen, ist es notwendig, eine Basis für diese zu entwickeln. Insbesondere sollten die vorhandenen Initiativen, Vereine und Beratungsstellen optimal miteinander vernetzt werden.

In Mehrgenerationenhäusern könnte auf solche Dienste besser hingewiesen werden. Es sollte vor allen Dingen auf umfassende Barrierefreiheit (nicht nur in der Mobilität, sondern auch kommunikativ) in solchen Einrichtungen und auch auf Umgangskompetenzen geachtet werden. Des Weiteren könnten auch zentrale Begegnungsorte aus bereits vorhandenen entstehen. In diesen

könnten sich die sozio-kulturellen Angebote bündeln und über den kompletten Tag (24 h) angeboten werden. Damit hat jede Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit, diese Angebote wahrzunehmen und mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen.

Es könnten in diesen Zentren auch Bürgercafés entstehen, die zum Gedankenaustausch anregen. Um noch mehr Umsetzungsideen zu finden, wäre eine rege Diskussion in einem Themenjahr vorteilhaft.

BürgerRedakteur Dagmar Nowack

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Über Elternquote nachdenken“, „Themenjahr Demografischer Wandel 2013“, sowie „Verbesserung des familiären Umfelds“.



Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

| BertelsmannStiftung



Heinz Nixdorf Stiftung